Beschluss
der Stadtverordnetenversammlung

11. Dezember 2017

Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2018 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2018 bis 2021 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2021
Vorlage des Magistrats
- 101.18.601 -

➢ **Geänderter Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt
   a) die als Anlage beigefügte Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2018 vom 28. August 2017 **einschließlich der Veränderungsliste 1,**
   b) die Investitionsplanung (Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen) der Stadt Kassel für die Jahre 2018 bis 2021 **einschließlich der Veränderungsliste 1.**
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt von der Ergebnis- und Finanzplanung der Stadt Kassel für die Jahre 2018 bis 2021 nach dem Stand vom 28. August 2017 Kenntnis. Der Magistrat wird beauftragt, die sich aus den Haushaltsberatungen ergebenden Änderungen in den Ergebnis- und Finanzplan einzuarbeiten.
3. Der Magistrat wird ermächtigt, buchungstechnische Anpassungen des Finanzhaushaltes an dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Ergebnishaushalt vorzunehmen.
4. Der Magistrat wird ermächtigt, offenbare Unrichtigkeiten in der Zuordnung veranschlagter Haushaltsmittel sowie Schreibfehler im endgültigen Ausdruck des Haushaltsplans zu berichtigen.
5. Auf die Aufstellung von Eckwerten für den Haushaltsplan wird verzichtet.“

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Ablehnung: CDU, AfD, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem geänderten Antrag des Magistrats betr. Haushaltssatzung der Stadt Kassel für das Jahr 2018 sowie die Investitionsplanung für die Jahre 2018 bis 2021 und Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2018 bis 2021, 101.18.601, wird **zugestimmt.**

Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018
Änderungsanträge der Ortsbeirates Nord-Holland

- **Abstimmung Beschlussvorschlag Anlage 19**
  Fußgängerüberwege Holländische Straße

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Ablehnung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag der **Anlage 19** des Antrages des Magistrats betr. Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018, 101.18.601**,** wird **zugestimmt.**

- **Abstimmung Beschlussvorschlag Anlage 23**
  Öffentliche Toiletten Nordstadtpark

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Ablehnung: AfD, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag der **Anlage 23** des Antrages des Magistrats betr. Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018, 101.18.601**,** wird **zugestimmt.**

- **Abstimmung Beschlussvorschlag Anlage 26**
  Schulsanierung vorziehen

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Ablehnung: CDU, AfD, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Enthaltung: --
den

Beschluss

Dem Beschlussvorschlag der **Anlage 26** des Antrages des Magistrats betr. Behandlung der Anträge der Ortsbeiräte zum Entwurf des Haushaltsplanes 2018, 101.18.601**,** wird **zugestimmt.**

- **Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Kasseler Linke**

Arbeit von BENGI für Migrantinnen fördern

Seite Haushalt 264
Teilergebnishaushalt Amt 803
Beschreibung Institutionelle Förderung, Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund bei der Integration in Beruf und Gesellschaft

Jahr	**2018** **Euro**
Haushaltsansatz	34.000
Erhöhung um	66.000
neuer Haushaltsansatz	**100.000**

Deckungsvorschlag:
Haushaltsüberschuss von 7.684.070 EUR nutzen.
Begründung: Der Verein BENGI e.V. (Bildung, Existenz, Netzwerk, Gesundheit, Interkulturell) leistet seit über 20 Jahren für Migrantinnen eine überaus wertvolle Arbeit. Über 600 Frauen nehmen jährlich an den Bildungsangeboten und Kursen teil. Bisher erhielten sie jedoch nie eine institutionelle Förderung. Sie haben einen Antrag zur institutionellen Förderung über 100.000 Euro gestellt, um die Arbeit, Beschäftigungs- und Mietverhältnisse langfristig absichern zu können. Veranschlagt sind im Haushalt lediglich 34.000 Euro. Die Arbeit von BENGI ist für die Stadt jedoch unverzichtbar und gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Der Änderungsantrag Nr. 1 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Enthaltung: --
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Kasseler Linke**

Henschelgelände nachhaltig sichern
Seite Haushalt 508
Teilergebnishaushalt Amt 41001 Kulturamt allgemein

Jahr	**2018** **Euro**
Haushaltsansatz	0
Erhöhung um	20.000
neuer Haushaltsansatz	**20.000**

Deckungsvorschlag:
Eingeplante Mittel zur Prüfung der Kulturhauptstadtbewerbung über 475.000 (S. 508, Nr. 6869000, Beschreibung: sonst. Aufwendungen für Repräsentation)
Begründung:
Das Henschelgelände ist ein wichtiger Ort für verschiedene Initiativen gerade der freien Kulturszene. Die verschiedenen Akteure auf dem Gelände benötigen Absicherung und die Verhinderung eines weiteren Verfalls des Gebäudes. Eine chancenreiche Bewerbung als Kulturhauptstadt hängt maßgeblich davon ab, wie viel Raum und Möglichkeiten der freien Kulturszene gegeben werden.
Mit der Einstellung von Mitteln für die Entwicklung eines Konzepts unter Beteiligung der dortigen Akteure, sowie aus der Jugend- und Kulturszene würde man beiden Punkten Rechnung tragen.
Um nicht die gleichen Fehler wie bei Salzmann zu begehen, ist es sinnvoll, dass die Stadt bereits jetzt ein Konzept entwickelt. Dies wurde im Kulturausschuss ebenfalls beschlossen. Damit würde ebenfalls abgesichert, dass die Gelder der Kulturhauptstadtbewerbung bereits langfristig zu Ergebnissen vor Ort führen sowie, dass das Henschelgelände im Prozess berücksichtigt wird.

Der Änderungsantrag Nr. 17 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, AfD, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Enthaltung: --
abgelehnt.

➢ **Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Kasseler Linke**
Sozialticket

Seite Haushalt: 532
Teilergebnishaushalt Amt 500 Sozialamt
Nr. 7230310
Bezeichnung: Hilfen zur Teilhabe am gem Leben u. kult. Leben

Jahr	**2018** **Euro**
Haushaltsansatz	250.000
Erhöhung um	850.000
neuer Haushaltsansatz	**1.100.000**

Deckungsvorschlag:
Haushaltsüberschuss von 7.684.070 EUR nutzen.
Begründung:
Die Mittel werden bereitgestellt, um ab dem zweiten Quartal 2018 ein Sozialticket für 20 Euro im Monat in Kassel für BezieherInnen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG, Wohngeld und Grundsicherung probeweise einführen zu können. Ein Sozialticket ermöglicht den Menschen die Teilnahme am öffentlichen Leben. Dies ist erstens ein wichtiges Grundbedürfnis und zweitens eine wichtige Grundlage, um auch erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt und den Anforderungen des Jobcenters zu bestehen.

Der Änderungsantrag Nr. 20 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: AfD (1), Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD (4), Stadtverordnete Burmeister, Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: AfD (3)
abgelehnt.

➢ **Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Kasseler Linke**
Inklusion sicherstellen – Schulsozialarbeit ausbauen

Seite Haushalt: 589
Teilergebnishaushalt Amt: Dezernat 5 Jugend, Schule, Frauen, Gesundheit
40001 Schulverwaltungsamt/sonst schulische Aufgaben
Nr. 7299200
Bezeichnung: Aufwendungen für Schulsozialarbeit

Jahr	**2018** **Euro**
Haushaltsansatz	470.500
Erhöhung um	2.400.000
neuer Haushaltsansatz	**2.870.500**

Deckungsvorschlag:
Haushaltsüberschuss von 7.684.070 EUR nutzen.
Begründung:
Mit ihren Angeboten trägt Schulsozialarbeit zu einer gelingenden Umsetzung von schulischer Inklusion bei. Die neue Zusammensetzung der schulischen Gemeinschaft durch behinderte und nichtbehinderte SchülerInnen hat Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in der Gesamtklasse, mit den Lehrkräften und im Zusammenwirken der Eltern. Mehr als bisher muss die Stadt im Rahmen der Modellregion „Inklusive Bildung“ ihren Beitrag dazu leisten, dem personellen und finanziellen Bedarf nachzukommen. Dabei darf sich die Stadt nicht hinter der völlig unzureichenden personellen Ausstattung durch das Land verstecken.
Wir schlagen deswegen die Einstellung von Haushaltsmitteln für je einen/eine Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin pro 200 SchülerInnen, mindestens jedoch eine Stelle an jeder Schule vor.

Der Änderungsantrag Nr. 23 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD (7), Stadtverordnete Burmeister, Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: AfD (1)
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion Kasseler Linke**

Schulgebäude Unterhaltung sichern
Änderungsantrag zum Investitionsprogramm 2018 - 2021
Seite Haushalt: 694ff - 703
Name Amt: 650 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Bezeichnung: Schulverwaltungsamt
Nr. Summe

Jahr	2018 Euro	2019 Euro	2020 Euro	2021 Euro
Haushaltsansatz	2.704.000	7.803.500	13.676.500	134.220.000
Erhöhung um	7.000.000	7.000.000	7.000.000	
Kürzung um				21.000.000
Neuer Ansatz	**9.704.000**	**14.803.500**	**20.676.500**	**113.220.000**

Deckungsvorschlag:
Nutzung von Rücklagen aus Überschüssen von 127 Mio. EUR
Begründung:
Die Aufwendungen für die Gebäudeunterhaltung der städtischen Liegenschaften im Bereich der Schulgebäude liegen schon seit Jahren hinter dem Notwendigen zurück. Die Finanzierungslücke zwischen dem Investitionsbedarf und den bereitgestellten Mitteln wächst stetig. Nach den Planzahlen des vorliegenden

Haushaltes liegt diese Lücke bei ca. 144 Millionen Euro. Im letzten Jahr wurde noch von einem Sanierungsbedarf von ca. 70 Mio. ausgegangen. Wurden im Haushaltsansatz in dem Bereich für 2016 noch 6,5 Mio. Euro veranschlagt, reduzierte sich dieses 2017 auf ca. 4,7 Mio. EUR und nun auf 2,7 Mio EUR.
Ohne eine Intensivierung der Bemühungen ist das Ziel der notwendigen Sanierung der Schulgebäude nicht zu erreichen. Ein deutlich zunehmender Substanzverlust durch steigenden Gebäudeverfall wäre die Folge.

Die baulichen Zustände stehen bereits jetzt einer angemessenen schulischen Nutzung entgegen: Schimmelige Wände, unzumutbare Toiletten, undichte Dächer und dringend sanierungsbedürftige Fachräume, v.a. Naturwissenschaftsräume sind Alltag für Schüler*innen und Lehrer*innen an vielen Kasseler Schulen.
Besonders unterstrichen wird die Forderung nach Schulgebäudesanierung durch den Widerstand gegen den Gebäudeverfall. Schüler*innenvertretungen von neun Kasseler Schulen haben sich in dem Bündnis „Unsere Zukunft erkämpfen“ unter Beteiligung des Stadtschüler*innenrats zusammengetan um die Missstände offenzulegen und dagegen zu protestieren.

Mit der zu beschließenden Erhöhung der Schulgebäudesanierung und -unterhaltung wird die bauliche Voraussetzung für eine gute Bildung und den effizienten Einsatz von Energie verbessert und dem weiteren Gebäudesubstanzverlust entgegengewirkt.

Der Änderungsantrag Nr. 30 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: AfD, Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten,
Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Enthaltung: --
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion Kasseler Linke**

U3 Ausbau Kita Ahnabreite

Seite Haushalt 707
Name/Amt Investitionen Amt 650 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Bezeichnung Kindertagesstätten, Umbauten Betreuungsangebote
Nr. 25

Jahr	**2018 in Euro**	**VE in Euro**	**Plan 2019 in Euro**	**Plan 2020 in Euro**	**Plan 2021 in Euro**
Haushaltsansatz	320.000	0	420.000	420.000	420.000
Erhöhung um	1.200.000				
neuer Haushaltsansatz	**1.520.000**				

Deckungsvorschlag:
Rückzahlung des MHKW in Höhe von 1.785.000 Euro an die Stadt aus der Abrechnung für das Jahr 2016, die derzeit für die Eisfläche gedacht sind.
Begründung:
U3 Plätze sind dringend nötig. In der Kita Ahnabreite wurden entsprechend Plätze geschaffen, eine entsprechende Neugestaltung im Innenbereich ist jedoch nicht vollzogen worden. Dies führt zu Sicherheitsmängeln und einem unnötigen Mehraufwand für die bereits allgemein zu belasteten ErzieherInnen, da etwa Duschen nicht direkt vor Ort sind.

Der Änderungsantrag Nr. 32 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten (2),
Stadtverordnete Burmeister und Nölke
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten (1),
Stadtverordnete Ernst und Dr. Janusch
Enthaltung: --
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion Kasseler Linke**

Kindertagesstätten Unterhaltung sichern
Seite Haushalt 706 f. 707
Name/Amt Investitionen Amt 650 Hochbau und Gebäudebewirtschaftung
Bezeichnung Jugendamt

Jahr	**2018 in Euro**	**VE in Euro**	**Plan 2019 in Euro**	**Plan 2020 in Euro**	**Plan 2021 in Euro**
Haushaltsansatz	1.629.000	1.200.000	2.654.000	2.572.000	2.920.000
Erhöhung um	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000	2.000.000
neuer Haushaltsansatz	**3.629.000**	**3.200.000**	**4.654.000**	**4.572.000**	**4.920.000**

Deckungsvorschlag:
Haushaltsüberschuss von 7.684.070 EUR nutzen.
Begründung:
Die Anzahl der benötigten Kita- und U3-Plätze wächst. Statt kurzfristig bei Bedarf zu reagieren, ist eine langfristige Planung erforderlich. Notwendige Investitionen müssen im Haushalt abgebildet werden. Wenn es zu einer Refinanzierung über Fördergelder kommt, kann man diese ebenfalls abbilden. Davon sollten die Investitionen jedoch nicht abhängig gemacht werden.
ErzieherInnen sind überlastet und eine Aufwertung des Berufes ist nach wie vor nicht in Sicht. Gebäude zeitgemäß zu unterhalten und passend auszustatten, drückt ebenfalls Wertschätzung aus.
Im Haushalt 2017 waren für 2018 noch 2.721.000 geplant, diese Summe hat sich zum diesjährigen Entwurf um eine Million verringert.

Mit der zu beschließenden Erhöhung der Sanierung und -unterhaltung für Kindertagesstätten wird die bauliche Voraussetzung für den effizienten Einsatz von Energie verbessert und dem weiteren Gebäudesubstanzverlust entgegengewirkt. Für diese Altersgruppe ist der Zustand der Gebäude auch eine Sicherheitsfrage.

Der Änderungsantrag Nr. 33 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Stadtverordnete Burmeister, Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: --
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 34.2 der Fraktion Kasseler Linke**

Rekommunalisierung der Beschäftigten in der Gebäudewirtschaft
Amt: 650
Seite: 713 ff

Im Stellenplan werden ausreichende Stellen für die Arbeiten in der Gebäudebewirtschaftung wie Reinigungs- und Bewachungsdienste bereitgestellt.

Begründung:
Die Sicherung der Qualität der Arbeiten und der Gesundheit der Beschäftigten ist an vielen Stellen hinter die Kostendrückung zurückgetreten.
Es ist überfällig die seit den 80ern forcierte Auslagerung von gering bezahlten Arbeiten mit überproportionalem Anteil an Frauen zu beenden. Im Moment erhalten die privatwirtschaftlich Beschäftigen für höhere Leistungsanforderungen geringe Löhne. Solche nicht auskömmlichen kommunalen Dumpingregelungen führen zur gesellschaftlichen Ausgrenzung von gering bezahlten Beschäftigten und zu einer Zweiklassenbeschäftigung für Aufgaben des Öffentlichen Dienstes. Die Kosteneinsparungen gehen nicht nur zu Lasten der Beschäftigten. Durch die Niedrigsteinkommen besteht der Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen für viele Haushalte und die Notwendigkeit die unzureichenden Renten per Grundsicherung aufzustocken.
Die Einsparung des Unternehmergewinns bei kommunalen Beschäftigten und Nutzung des Rationalisierungspotentials durch die Ausstattung mit aktuellen technischen Arbeitsmitteln kann einen weiteren Anteil zur Refinanzierung beitragen.

Der Änderungsantrag Nr. 34.2 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten (2)
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten (1), Stadtverordnete Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: Stadtverordneter Burmeister
abgelehnt.

➢ **Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion Kasseler Linke**
Radwege und Radrouten ausbauen

Seite Haushalt 724
Amt/Bereich 660 Straßenverkehrs- und Tiefbauamt
Beschreibung Radwege/Radrouten
Nr. 25

Jahr	2018 Euro	2019 Euro	2020 Euro	2021 Euro
Haushaltsansatz	250.000	60.000	20.000	20.000
Erhöhung um	5.000.000	5.000.000	5.000.000	5.000.000
Neuer Ansatz	**5.250.000**	**5.060.000**	**5.020.000**	**5.020.000**

Deckungsvorschlag:
Mit einem Teil des bis zu 17.8 Mio Euro Anteils Kassels am 500 Mio Topf für Kommunale Maßnahmen zur Förderungen der Luftverbesserung besteht die direkte Umsetzungschance.

Begründung:
„Die Radwege sind in einem desolaten Zustand, für die Instandsetzung und Unterhaltung sind jährlich verlässliche Haushaltsmittel von Nöten. Des weiteren sind die Planungskosten und Komplementärmittel für den Ausbau der Radwegenetzes für das Ziel der Erhöhung des Anteils des umweltverträglichen Verkehrsmittels Fahrrad am Verkehrsaufkommen zu sichern."
Quelle: Änderungsantrag der Kasseler Linken zum Haushaltsentwurf 2006

Für den Um-, Neubau und die Erhaltung von Radverkehrsanlagen werden für den Vorreiter Kommunen 12 Euro, für Aufsteiger 8-12 Euro und für Einsteiger 5-12 Euro pro Einwohner und Jahr benannt. Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) Nationaler Radwegeplan 2020 S. 63 2. Auflage http://edoc.difu.de/edoc.php?id=SR21T6V3 abgerufen am 4.9.2017

In Kassel leben 201.907 (31.12.2016) Menschen, die geplanten Investitionen für 2018 betragen 1.24 Euro, für 2019 sind es 0.30 Euro und für 2020 sind 0.10 Euro pro Einwohner vorgesehen.

Wenn Kassel die Rolle einer Vorreiterkommune für den Radverkehr einnehmen möchte, beträgt der Finanzbedarf für Kassel nach dieser Näherungsmethode 2.4 Mio Euro pro Jahr.

Mit den Mitteln für 2017 können rund 1-2 Kilometer Radweg bei durchschnittlichen Baukosten von 135.000 – 250.000 pro Kilometer neu gebaut werden. Das Kasseler Radwegenetz mit seinen rund 300 Kilometer Haupt- und Nebenrouten braucht bei der bisher geplanten Finanzausstattung unendliche Jahre bis der vom Radewegekonzept vorgesehene Ausbaustandard erreicht wäre. Um das Ziel zu erreichen, sind im Jahr 25 Kilometer zu sanieren (300 Km in 12 Jahren).

Bei rund 200.000 Euro Neubaukosten pro Kilometer würden maximal 5 Mio Euro im Jahr benötigt werden.

Um bis 2030, dem Ziel Jahr des VEP und Radverkehrskonzepts, den ersten Sanierungsdurchgang annähernd erreichen zu können sind die entsprechenden Haushaltsmittel bereit zu stellen. Fördermittel können unterstützend eingeworben werden. Entsprechende Personalkapazitäten sind vorzuhalten, um nicht wie in 2016 Null Euro an Auszahlungen für Baumaßnahmen im Jahresabschluss bilanzieren zu müssen.

Der Änderungsantrag Nr. 35 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten (2)
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten (1), Stadtverordnete Burmeister, Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: --
abgelehnt.

- **Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion Kasseler Linke**

Gewerbesteuer-Hebesatz anheben
Seite Haushalt: 781
Teilergebnishaushalt Amt 900 Allgemeine Finanzwirtschaft
Nr. 5553000
Bezeichnung: Gewerbesteuer

Jahr	**2018 Euro**
Haushaltsansatz	-155.000.000
Erhöhung um	-7.045.454
neuer Haushaltsansatz	**-162.045.454**

Begründung:
Die moderate Erhöhung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um 20 Punkte entspricht einem Plus von ca. 4,5 %. Die in Kassel erzielten hohen Unternehmensgewinne müssen mehr als bisher zur Finanzierung der Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Schulsanierungen und herangezogen werden.
Der Einfluss auf die Gewerbesteuer kann im Gegensatz zu vielen nicht beeinflussbaren Steueränderungen mit negativen Auswirkungen auf die Kommunalfinanzen zu Gunsten der Stadt Kassel und seiner Bürger*innen genutzt werden.

Der Änderungsantrag Nr. 39 der Fraktion Kasseler Linke wird bei
Zustimmung: Kasseler Linke, Freie Wähler + Piraten (2)
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, AfD, Freie Wähler + Piraten, Stadtverordnete Burmeister, Ernst, Dr. Janusch und Nölke
Enthaltung: --
abgelehnt.

Petra Friedrich
Stadtverordnetenvorsteherin

Nicole Eglin
Schriftführerin